



Der Stromkonzern Alpiq investiert in erneuerbare Energien, ist aber auch am umstrittenen AKW im elsässischen Fessenheim (Bild) beteiligt.

Stromfirmen wehren sich gegen Auflagen

Grüne fordern, dass AKW-Beteiligungen aufzugeben sind. EBM und EBL warnen vor Konsequenzen

VON DANIEL BALLMER

Urs Steiner ist verärgert: «Die Politik sollte uns eigentlich unterstützen und nicht Steine in den Weg legen», klagt der EBL-Geschäftsführer. «Auf diese Weise wird das Unternehmertum im eigenen Kanton abgewürgt und der Wirtschaftsstandort Baselland geschädigt.» Grund für den Ärger ist ein neu eingereichter Landratsvorstoss der Baselbieter Grünen. In ihrer Motion verlangt Sarah Martin, dass die kantonalen Energieversorger EBM und EBL innert fünf Jahren ihre Beteiligungen von 13,6 und 7,1 Prozent am Stromkonzern Alpiq verkaufen müssen.

EBM und EBL halten damit über 20 Prozent an einem Konzern, der 2008 ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues AKW im solothurnischen Niederamt eingereicht hat. «Das bedeutet, dass die Baselbieter über ihre Stromrechnungen ein neues AKW mitfinanzieren sollen», kritisiert Landrätin Martin. Das aber widerspreche der Kantonsverfassung, wonach der Kanton darauf hinzuwirken habe, den Bau von AKW in Baselland selbst wie auch in der Nachbarschaft zu verhindern. Im-

merhin verdankten EBM und EBL ihre Existenz dem Monopol, das ihnen die Konzessionen von Baselland garantierten.

Kein Geld mehr für Ökostrom

«Müssten wir die Beteiligungen verkaufen, hätte das einschneidende Auswirkungen», warnt Dominik Baier von der EBM. Der Energieanbieter beziehe rund 77 Prozent seines Stroms von der Alpiq. Insgesamt importiere die Region sogar 85 Prozent des benötigten Stroms. Es gehe hier also auch um eine sichere Versorgung. «Wir müssten auf einen Schlag drei Viertel unseres Stroms über andere Quellen beschaffen», sagt Baier. Die Frage aber sei, ob das überhaupt möglich wäre und zu welchem Preis. Müsse die EBM an die Strombörse, könne sie dort zu einem grossen Teil nur Strom von unbekannter Herkunft beziehen – meist aus Atomkraftwerken. Baier: «Und das ist ja eigentlich auch nicht das, was die Grünen wollen.»

«Baselbieter sollen über ihre Stromrechnungen ein neues AKW mitfinanzieren.»

Sarah Martin, Grünen-Landrätin

Gleichzeitig hätten die Stromkunden mit deutlich höheren Preisen zu rechnen. Hatten EBM und EBL schon 2008 gewarnt. Denn die Grünen stellen ihre Forderung nicht zum ersten Mal. Bereits vor drei Jahren hatte Sarah Martin, gefordert, dass die beiden Stromanbieter ihre AKW-Beteiligungen verkaufen sollen. EBM-Direktor Hans Büttiker hatte damals sogar damit gedroht, den Geschäftssitz von Münchenstein in den Kanton Solothurn zu verlegen. Dennoch war die Vorlage im Landrat nur knapp mit 34 gegen 38 Stimmen gescheitert. Und nach den Ereignissen in Japan sahen die Erfolgchancen nun noch besser aus, glaubt Martin.

Das befürchten auch die Baselbieter Stromanbieter. Eindringlich weisen sie daher auf zu befürchtende Auswirkungen hin: «Die Beteiligungen sind für unsere erfolgreiche Stromversorgung mitverantwortlich. Sie sind die Basis für unseren Erfolg», erklärt EBL-Chef Steiner. «Und unseren Gewinn investieren wir eins zu

eins in die Förderung erneuerbarer Energien.» Das eigentliche Ziel der Grünen werde mit solchen Forderungen also gar verunmöglicht. «Solche Forderungen sind also schlicht absurd.» Komme hinzu, dass die Atomkraft auch bei der Alpiq nur einen kleinen Teil ausmache. «Ich habe mich dort im Verwaltungsrat schon mehrfach erfolgreich für die Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt», betont Steiner.

Grüne zeigen sich unbeeindruckt

«Es klingt nach fauler Ausrede zu behaupten, genau die Gelder aus diesen Beteiligungen würden in erneuerbare Energien investiert», zeigt sich Sarah Martin von den Gegenargumenten wenig beeindruckt. «Die beiden Punkte dürfen nun nicht gegeneinander ausgespielt werden: Wenn wir nicht mehr an Alpiq beteiligt sein dürfen, können wir auch keine erneuerbaren Energien mehr fördern.» Zudem könnten EBM und EBL ja auch den Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligungen investieren. Unter dem Strich bleibe der Atomausstieg das Ziel. Nun solle der Landrat entscheiden, auf welchem Weg dieses erreicht werden soll.

Sozialdienste Laufental werden umgekrempelt

Neubeginn Laufen hat beschlossen, aus den Sozialdiensten auszutreten. Nun wird eine Arbeitsgruppe nach Alternativen suchen – erste Ideen stehen schon im Raum.

VON LEIF SIMONSEN

Der Zweckverband Sozialdienste Laufental (SDL) hat stürmische Zeiten hinter sich. Die Einwohnerversammlung Laufens hat im letzten Dezember beschlossen, dass Laufen austreten wird – Ende 2013 soll Schluss sein. Auch wenn eine Referendumsabstimmung gegen den Ausstieg noch ansteht: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Die wenigsten Gemeinden glauben, von den derzeit geleisteten Diensten des SDL zu profitieren. Die Emotionen gingen in letzter Zeit hoch – wie so oft, wenn es ums Geld geht.

Nun haben sich aber offenbar die Gemüter beruhigt. 12 Laufentaler Gemeinde- und Stadtpräsidenten haben an einem runden Tisch «in angenehmer Atmosphäre» über mögliche Alternativen beraten, wie der Grellinger Gemeindepräsident Franz Meyer sagt. Wie stark das Thema emotional aufgeladen ist, zeigt die Reaktion des eingeladenen Experten Rudolf Schaffner – der Leiter vom Amt für Sozialhilfe wollte sich zu seinem Vortrag über die gegenwärtige Situation nicht äussern. «Das Thema ist viel zu sensibel», findet er. Es solle nicht der Eindruck entstehen, dass die Situation vom hohen Ross kommentiert würde. Meyer indes will das Engagement Schaffners explizit hervorgehoben haben. Er gibt sich zudem weniger wortkarg, was

die Zukunft der Zweckgemeinschaft angeht. Der Leiter einer neuen Arbeitsgruppe will dem Lösungsprozess nicht vorgreifen: Ideen über die zukünftige Ausrichtung der regionalen Sozialdienste stehen aber schon im Raum. «Möglich wäre, dass es künftig im Laufental nicht mehr 13, sondern 3 Sozialhilfebehörden gibt», so Meyer.

«Möglich wäre, dass es im Laufental nicht mehr 13, sondern 3 Sozialhilfebehörden gibt»

Franz Meyer, Gemeindepräsident Grellingen

Verschiedene Ideen So könnten die Sozialdienste weitergeführt werden. Sie würden den regionalisierten Sozialhilfebehörden unterstehen. Die Vorteile seien weniger Schnittstellen und vereinfachte Kommunikationswege. Auch die Kompetenzen seien so klarer geregelt. Laufens Stadtpräsidentin Brigitte Bos hält diese Idee für spannend, weist aber gleichzeitig auf weitere Möglichkeiten hin. So könn-

te beispielsweise eine von den grösseren Gemeinden geführte Zusammenarbeit eine Variante sein. «Die kleineren Gemeinden könnten dann bei Bedarf dort ihre Dienste beziehen», erläutert Bos diesen Ansatz. Mit ebendiesen Ideen wird sich nun eine Arbeitsgruppe auseinandersetzen.

Etwas realitätsferner mutet vor diesen Bestrebungen das Referendum Laufen gegen den Austritt an. «Das steht völlig quer in der Landschaft», findet Brigitte Bos. Die Initianten dieses Referendums «unterstellen, dass wir gegenüber den kleineren Gemeinden unsolidarisch sind», klagt Bos. Denn mit dem Zweckverband in der heutigen Form sind auch die kleineren Gemeinden nicht glücklich. Die Laufener Stadtpräsidentin nennt ihn etwa «unglaublich schwerfällig». Ohnehin wird aber selbst bei einer Annahme des Referendums der Austritt Laufens nicht vor Ende 2013 vollzogen werden können – wegen der Kündigungsfrist.

Nachrichten

Liestal Autolenkerin übersah Kranfahrzeug



Beim Unfall auf der Oristalstrasse in Liestal vom Donnerstag Nachmittag (bz von gestern) übersah die Autolenkerin offenbar ein Kranfahrzeug, das korrekt in Richtung Nuglar (SO) unterwegs war. Die 75-jährige Personenwagenlenkerin und ihre Beifahrerin wurden bei der Kollision verletzt und mussten aus dem schwer beschädigten Fahrzeug geborgen werden. (BZ)

SVP Ortsparteien spannen zusammen

Die Ortssektionen Frenkendorf und Füllinsdorf der Schweizerischen Volkspartei (SVP) haben fusioniert. Dies bestätigte Andi Trüssel, bisher Vorsitzender der SVP Frenkendorf und nun Präsident der SVP Frenkendorf-Füllinsdorf, gegenüber der bz. Sie wollten die Kräfte konzentrieren und mit diesem Zusammenschluss mit gutem Beispiel vorgehen. «Wir haben ein Jahr lang geübt, und das hat gut funktioniert», erklärt der Frenkendorfer Gemeinderat Andi Trüssel. Kürzlich fanden parallel die beiden Generalversammlungen und danach die Gründungsversammlung statt. Die SVP Frenkendorf-Füllinsdorf zählt 95 Mitglieder. (STZ)

Zwingen WWF will kein Kleinwasserkraftwerk

Bereits zum dritten Mal erhebt die Umweltschutzorganisation WWF Region Basel Einsprache gegen das in Zwingen geplante Kleinwasserkraftwerk. Die WWF moniert, dass keine ökologischen Ersatzleistungen vorgesehen sind. Wer die Natur beeinträchtigt, müsse an einem anderen Ort Ersatzleistungen schaffen – so verlange es das Gesetz. (BZ)

Birsfelden Neue Gleise für Tramlinie 3

Am Montag beginnen in Birsfelden die Bauarbeiten für den Ersatz der Gleise der Tramlinie 3. Betroffen ist der Abschnitt zwischen Liestalerstrasse bis zur Tramwendschlaufe. Der Trambetrieb wird während der Bauarbeiten aufrechterhalten. Auf dem Streckenabschnitt von rund 120 Metern werden einige der Bauarbeiten auch nachts stattfinden. Ab Juni 2011 werden auf diesem Abschnitt zusätzlich die Beleuchtung und die Fahrbahn erneuert. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis im Herbst andauern. (BZ)

Liestal Aktion der Juso Baselland gegen AKW

Für die Jungen Sozialdemokraten steht nach der Katastrophe in Japan fest: «Es dürfen keine neuen AKW mehr gebaut werden.» Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, ist die Juso Baselland heute von 10 bis 14 Uhr im Liestaler Stedtl präsent. (BZ)

Bevölkerung Baselland mit 275 000 Einwohnern

Stand Ende 2010 leben in Baselland 275 756 Personen, teilt das Statistische Amt mit. Das sind 1083 mehr als vor einem Jahr. 2511 Geburten standen 2010 2246 Todesfällen und 19929 Zugzügen standen 19 107 Wegzügen gegenüber. (BZ)